

Uni-Zugang: You can get it if you really want

BLOG

67 POSTINGS

OLIVER FABEL

18. Juni 2013, 10:23



foto: istockphoto.com/csakisti

"Das globale Alleinstellungsmerkmal der österreichischen Universitätspolitik scheint darin zu bestehen, die Existenz von Kapazitätsgrenzen zu ignorieren."



foto: privat

Gegen Massenstudiengänge, für Zulassungsverfahren:
Oliver Fabel.

Warum die Zulassungsprüfungen im kommenden Jahr anders gestaltet werden müssen und welche Lehren man aus den Erfahrungen anderer Länder ziehen kann

Den Ausgang des diesjährig erstmals vorgesehenen, dann doch nicht wirklich durchgeführten Zulassungsverfahrens in den Wirtschaftsfächern zu kommentieren fällt zunächst sehr leicht. Wir haben in diesem Frühjahr den ersten, kleinen und zaghaften, ganz sicher viel zu kurz gesetzten Schritt unseres Universitätssystems in Richtung Wettbewerbsfähigkeit auf dem globalen Markt für Talente erlebt. Das Ergebnis ist klar: wir müssen es noch einmal versuchen.

Am besten, und nun wird es weniger einfach, bereiten wir uns auf diesen neuen Versuch aber diesmal vor, indem wir unsere Lehren aus dem Verfahren dieses Frühjahrs ziehen, noch besser, indem wir uns auch einmal die Lehren, die unsere europäischen Partner-Konkurrenten bereits gezogen haben, in unsere Bewertungen aufnehmen. Am allerbesten, indem wir uns dann auch bemühen, internationale Entwicklungen zu verstehen und aufzunehmen.

... but you must try!

Vor einem solchen weltweiten Trend, dass sich inzwischen nämlich Zweidrittel einer Matura-Kohorte nur noch vorstellen mag, eines von maximal drei bis vier Fächern zu studieren, hat die österreichische Politik jedenfalls erst einmal kapituliert. Sie hat die Zuteilungsquoten für die Wirtschaftsfächer so hoch angesetzt, dass eine wirkliche Auswahl der an diesen Fächern Interessierten gar nicht stattfinden konnte.

Nur weil die Universität Wien und gerade auch ihre Wirtschaftswissenschaften über die Grenzen Österreichs hinaus wirken, sorgten hier ausländische, darunter sehr viele Nicht-EU Bewerbungen dafür, dass hier die Quote wenigstens in einem der betriebswirtschaftlichen Studiengänge erreicht und im zweiten nur knapp verpasst wurde. Die zweite Stufe des Verfahrens, der eigentliche Eignungstest, hätte also stattfinden können. Darauf wurde jedoch im Interesse der Bewerber(innen) verzichtet; es wäre unverantwortlich gewesen, sie alle zu einem Test anreisen zu lassen, der dann nur ganz wenige hätte ausscheiden lassen.

Die Hoffnung bleibt, dass Studierende, die sich mit dem eigenen Studienwunsch wenigstens einmal vor ihrer Immatrikulation auseinander setzen mussten, in dem sie sich der ersten Stufe des Verfahrens, dem "Online Self-Assessment" gestellt haben, das Studium besser motiviert und selbst-verpflichtet beginnen.

Stehen wir doch zu unserer hohen Attraktivität!

Das, was man anderenorts als Ausdruck der nationalen und internationalen Attraktivität des Studiums an der Universität Wien mit Zufriedenheit zur Kenntnis genommen hätte, wird hier bei uns zuhause, so kann man hier und da nun schon wieder hören, eher als "Unfall" gesehen, dem man abhelfen kann, indem man die Quoten der Wiener Wirtschaftswissenschaften erhöht. Dies wäre zumindest konsequent, hatte doch der Regierungskompromiss in Sachen Zulassungsverfahren von Anfang darauf verzichtet, diesem eine Steuerungswirkung zuzuweisen.

Das globale Alleinstellungsmerkmal der österreichischen Universitätspolitik scheint also darin zu bestehen, die Existenz von Kapazitätsgrenzen zu ignorieren. Nur so ist auch zu erklären, dass diejenigen, die in dieser politischen Auseinandersetzung die hohen Güter Wahlfreiheit und allgemeine Bildungsfunktion der Universität lautstark betonen, dabei gleichzeitig und völlig ungestraft übersehen dürfen, tatsächlich das Grab der Universität auszuheben - also das der wirklichen Universität, deren Fächervielfalt wissenschaftlichen Fortschritt und die ganzheitliche Begleitung gesellschaftlicher Entwicklungen erst ermöglicht.

Alleinstellungsmerkmal Vielfalt aufgeben?

Diese Politik soll also die österreichische Besonderheit sein. Dabei führt sie nur dazu, dass der weltweite Trend zu Ein-Fach-, maximal vielleicht noch Drei-Fach-Hochschulen in unsere Universitäten Einzug erhalten, die damit allein gelassen werden, den Wert ihres in der Vielfalt der wissenschaftlichen Ansätze begründeten gesellschaftlichen Beitrags zu schützen.

Weniger abstrakt formuliert: ärgerlich für die Politik, sie widersetzen sich, der aus Sicht des Qualitätserhalts der Lehre in den sogenannten Massenfächern eigentlich gebotenen Notwendigkeit, Ressourcen aus nicht-Massenfächern einfach umzuwidmen. Es handelt sich eben nicht nur um eine Finanzierungsfrage; es geht vielmehr um die Existenz der Universität als Universität.

Scheindiskussionen

Nicht diese Existenzfrage, sondern der politische Streit um Finanzierung und insbesondere von Studiengebühren dominiert jedoch die öffentliche Diskussion. Dabei kann man den hierzulande als vorstellbar diskutierten Studiengebühren keine nennenswerte Finanzierungswirkung zusprechen. Ihre Steuerungswirkung erschöpft sich bestenfalls darin, einige Talente aus Schwellenländern abzuschrecken.

Diese als Grundsatzstreit geführte Diskussion um Studiengebühren hat eine politisch offensichtlich gewollte Wirkung: in Zeiten knapper Budgets verhindert die fehlende Einigungsmöglichkeit, eine Verpflichtung des Staats, tatsächlich mehr in seine Universitäten zu investieren. Ein Nebenprodukt ist dabei jedoch die vollständige politische Blockade einer besseren Zugangspolitik. Und dies ist für die Universitäten existenzbedrohend; sie werden dadurch von der erfolgreichen Teilnahme am globalen Wettbewerb um Talente in allen ihren Fächern ausgeschlossen.

Ruinöse Gebühren sind keine Lösung

Richtig ist doch, dass an allen guten Universitäten der Welt, die mitunter ruinös hohe Gebühren erheben, niemand ernsthaft diese Zahlungen leistet. Dort studiert man mit Stipendien und Gebührenerlassen. Nur wer nicht studiert, keine angemessene Leistung erbringt, ist von Gebühren bedroht. Wem dies droht, hört dann lieber auf zu studieren.

Diese typisch angelsächsische Art, jemanden mit dem finanziellen Ruin zu bedrohen, ist allerdings völlig zu Recht nicht unsere Art. Aber es ist auch nicht die Art der Niederländer, der Schweden, ja nicht einmal die Art der Deutschen, die uns zurzeit diese schier erdrückenden Heerscharen von Studierenden schicken. Überall dort ermächtigt die Politik stattdessen die Universitäten auf nicht-erbrachte Studienleistungen z. B. mit der Pflicht eine Studienberatung wahrnehmen zu müssen und im weiteren Verlauf eines erfolglosen Studiums ganz sicher auch mit der Exmatrikulation des Studierenden zu reagieren.

Balance halten und nochmals versuchen!

Ein gut balanciertes Zusammenspiel solcher Regelungen in Studien- und Prüfungsordnungen, von bindenden Zulassungsverfahren und möglicherweise auch von begrenzten Studiengebühren, die zum Beispiel nachlaufend erhoben und durch Leistungsstipendien abgedeckt werden, könnte durchaus den österreichischen Unterschied zur angelsächsischen Bankrott-Drohung markieren. Nicht einmal die EU-Kommission hätte etwas dagegen. Voraussetzung wäre aber ein Wille zu steuern und die Kraft Fehlentwicklungen, wie das Entstehen von Massenstudiengängen, zu korrigieren. (Oliver Fabel, derStandard.at, 18.6.2013)

Oliver Fabel (53) ist Professor für Betriebswirtschaftslehre und Personalwirtschaft mit internationalem Schwerpunkt an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Universität Wien. Seit Oktober 2010 ist er Vizedekan und seit Oktober 2012 Dekan der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Universität Wien. Fabels Forschungsschwerpunkte: Kontrakt- und Anreiztheorie, Personalökonomik, Bildungsökonomik und -management, Strategische Organisation und Corporate Governance.

PROMOTION



Jetzt anmelden! –12 Stipendien für JungjournalistInnen

Sommerakademie für Journalismus und PR an der Uni Liechtenstein: Gedruckte Stories, wertvolle Kontakte und 10 ECTS-Punkte. Bis 8. Mai anmelden!

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

• • • •